

Platz abbeck

Nr. 1, 2. Februar 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Messehallen in städtisches Eigentum, keinen Cent Profit für den Esch-Fonds

Als 2005 die erste Kritik am Bau der Messehallen laut wurde, sagten die etablierten Parteien und die Verwaltung, das wären boshafte Unterstellungen. Als klar wurde, dass das Geschäft ein krummes ist, meinten die etablierten Parteien, das wäre zwar bedauerlich, aber daran könne man jetzt nichts mehr ändern. Jetzt zeigt sich: Die LINKE. und andere KritikerInnen hatten von Beginn richtige und realistische Forderungen vertreten.

Laut Presseberichten verhandeln OB und Kämmerer aktuell mit dem Esch-Fonds über eine Neugestaltung des Vertrages bzw. über einen Kauf der Hallen. Dabei sollen die Kosten für die Stadt massiv reduziert werden.

Die „Rundschau“ zitiert die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), dass die Finanzierung eines möglichen Kaufpreises von 250 Millionen Euro durch einen Kommunalkredit zu einer jährlichen Belastung von 13,25 Millionen Euro führen würde. Aktuell zahlt die Messe rund 21 Mio. Euro an den Immobilien-Fonds. Diese einfache Rechnung überführt alle der Lüge, Ex-OB Schramma, Ex-Kämmerer Soënius und ihre sogenannten „Gutachter“, die uns weismachen wollten, das Investoren-Modell wäre eine günstige Variante der Finanzierung.

Beim Kauf der Messehallen durch die Stadt darf kein Cent mehr bezahlt werden als die Hallen wert sind. Der Esch-Oppenheim-Fonds darf dabei keinen Profit machen. Sollten dem Fonds eigene Kosten entstanden sein – unwahrscheinlich, da die Projektentwicklung schon zuvor erledigt war, Finanzierung und Investorensuche nur wenige Telefonate gekostet haben dürften – wäre das als nötiges Lehrgeld für einen fehlgeschlagenen Betrugsversuch zu werten.

Um klären zu können, wie viel die Hallen wert sind, muss die Geheimniskrämerei endlich beendet werden. Alle Dokumente, die das Geschäft betreffen, müssen veröffentlicht werden, „nicht-öffentliche“ Papiere

weiter Seite 2

Ideologie vor Elternwille Landesregierung will neue Gesamtschule verhindern

Verkehrte Welt: Die Verteidiger des dreigliedrigen Schulsystems unterstellen den Gesamtschulbefürwortern gerne rein ideologische Gründe für ihre Schulpolitik. Doch im aktuellen Schulstreit sprechen nicht nur pädagogische Gründe für eine neue Gesamtschule in Riehl. Auch die betroffenen Eltern wünschen sich nichts sehnlicher als einen Gesamtschulplatz für ihre Sprösslinge. Das zeigen die Anmeldezahlen der letzten Jahre ebenso wie eine Elternbefragung von Grundschülereltern in Köln vom Ende des vergangenen Jahres.

Nachdem DIE LINKE. als einzige Partei im Rat jahrelang auf eine neue Gesamtschule gedrängt hatte, schlossen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter dem Druck der Elternbefragung nun endlich der linken Forderung an. Noch im Juni 2009 hatte sie einen Antrag der LINKEN zur Errichtung einer weiteren Gesamtschule abgelehnt. Jetzt

war Eile geboten. Die neue Schule soll bereits zum Schuljahr 2010/11 Kinder aufnehmen. Deshalb wurde nach der Ratsentscheidung vom Dezember blitzschnell der Genehmigungsantrag an den Regierungspräsidenten Lindlar (CDU) gestellt.

Doch der lehnte im Einklang mit dem Schulministerium wie angekündigt zwei notwendige Bedingungen ab. Er wollte die Gesamtschule weder als integrative Schule (die behinderte und nicht behinderte Schüler gemeinsam besuchen) genehmigen, noch einen Ganztagsbetrieb durchführen. Beides ist aber dringend notwendig.

Für behinderte SchülerInnen gibt es in Köln 656 integrative Plätze in der Grundschule. Die meisten dieser Schüler müssen aber bereits nach der vierten Klasse in eine reine Förderschule wechseln, weil es an weiterführenden Schulen nur noch 247

weiter Seite 2

Das Foyer des Rathauses war überfüllt, als Vertreter der Ratsfraktionen und OB Roters in einer Podiumsdiskussion aufeinander trafen. Auf Einladung des Kölner Komments wurde über die aktuellen Kürzungen im Kulturbereich diskutiert.

Der Vertreter der LINKEN, Jörg Detjen,

warnte davor, für kurzfristige Einsparungen anerkannte Einrichtungen wie das EL-DE-Haus zu gefährden. Breite Unterstützung gab es im Publikum für das Bürgerbegehren zum Erhalt des Schauspielhauses und gegen den teureren Neubau. Als einziger Vertreter auf dem Podium unterstützte Detjen das Bürgerbegehren und warnte davor, es mit juristischen Tricks auszuhebeln. Kulturschaffende aus dem Publikum waren besorgt, dass in der freien Kulturszene mit so geringen Mitteln gearbeitet wird, dass jede Kürzung deutliche und dauerhafte Schäden hinterlassen würde.

Wilfried Kossen



oder Sitzungen darf es nicht geben.

Der Journalist Georg Wellmann zitiert in der „Stadtrevue“ vom Februar aus einem bisher unter Verschluss gehaltenen Gutachten der Sparkasse:

„Das Ergebnis des bislang unveröffentlichten Gutachtens zu den Messehallen: Der Ertragswert der baulichen Anlage liegt lediglich bei 100,4 Millionen Euro und der Bodenwert bei 44,6 Millionen Euro. Der Gesamtwert der Messehallen beläuft sich also laut Gutachten auf nur 145 Millionen Euro. Hiervon abzuziehen sind rund 60 Millionen Euro an Hallenmiete, die die Stadt bislang an den Oppenheim-Esch Fonds gezahlt hat. Der Kaufpreis der Hallen dürfte demnach 90 bis 100 Millionen Euro betragen.“

Die „Rundschau“ berichtet, dass eine Kaufsumme von 200 Millionen Euro im Gespräch sei. Es wäre absurd, wenn Esch, Krockow und Co. damit durchkämen, ihre herbeiphantasierten „Softkosten“ auf den Bau aufzuschlagen. Sie würden dann nicht mehr an der Finanzierung samt Indexierung verdienen, aber ihre Tricks hätten sich ausgezahlt. Das darf nicht auch noch belohnt werden.

Das Happy End ist noch nicht gesichert, die LINKE wird am Ball bleiben und weiter auf Offenlegung aller Informationen und Übernahme der Hallen zu Lasten des Fonds drängen.

Claus Ludwig

Ratsmitglieder der LINKEN unterstützen Bürgerbegehren

Auf der Ratsitzung im Dezember hat die Fraktion DIE LINKE. gegen den Abriss und Neubau des Schauspielhauses gestimmt und klar Stellung bezogen für eine Sanierung. Selbst das erhöht den Betriebskostenzuschuss an die Bühnen ab 2014 auf fast 80 Mio. Euro im Jahr. Der Neubau wäre noch mal 30 bis 50 Mio. Euro teurer.

Inzwischen haben engagierte Kölnerinnen und Kölner ein Bürgerbegehren gestartet. Darunter auch zahlreiche prominente Künstlerinnen und Künstler. Alle Ratsmitglieder der LINKEN unterstützen das Bürgerbegehren.

Ein dazu anberaumtes Pressegespräch fand im Erfrischungsraum des Schauspielhauses statt. Pikant ist, dass die Kulturverwaltung das erst verhindern wollte. Das ging selbst dem Büro des Oberbürgermeisters zu weit.

Solche Maulkörbe sind nichts Neues: Die Intendantin Karin Beier darf sich anscheinend in der Öffentlichkeit nicht mehr äußern.

Am Montag, den 1. Februar, traten die vier Ratsmitglieder der LINKEN zusammen mit den Ratsmitgliedern Martin Müser und Thor Zimmermann der Stimmungsmache entgegen, das Bürgerbegehren sei gefährlich



und würde Chaos in den Spielbetrieb der Bühnen und der Oper bringen.

Fraktionssprecher Jörg Detjen forderte alle Beteiligten auf, einen Bürgerentscheid auch als Chance zu betrachten. Wenn man wirklich will, könnte die Abstimmung zusammen mit den Landtagswahlen am 9. Mai 2010 durchgeführt werden. So könnten sich dann wirklich viele Kölnerinnen und Kölner beteiligen.

Jörg Detjen

Fortsetzung von Seite 1: Gesamtschule

Plätze gibt. Das muss nach einem Ratsbeschluss von 2007 dringend geändert werden. Die neue Gesamtschule hätte hier einen Teil des Bedarfs gedeckt. Nun aber ist die integrative Ausrichtung in die Entscheidung des späteren Lehrerkollegiums gestellt. Das schafft Unsicherheit – und verzögert den Prozess erheblich. Laut einem Gutachten des Sozialverbandes Deutschland bricht die seit Anfang 2009 geltende UN-Behindertenrechtskonvention, die das Recht auf gemeinsamen Unterricht vorsieht, anders lautende Landesgesetze. Nach dieser Auffassung könnten die Eltern behinderter Kinder einen integrativen Platz für ihren Nachwuchs einklagen. Nun bleibt abzuwarten, ob sich diese Auffassung (hoffentlich) durchsetzt. Klar ist, dass der Integrative Unterricht flächendeckend kommen wird. Zu groß ist der internationale Druck auf das rückständige Deutschland. Dass die Landesregierung hier mauert, zeigt wieder einmal, wie sehr sie Politik von gestern macht.

Der Ganztagsbetrieb ist für Gesamtschulen zwingend erforderlich, weil sonst die nötige Differenzierung beim Lernen auf der Strecke bleibt. Gerade weil in Gesamtschulen SchülerInnen mit unterschiedlichen Lernniveaus gemeinsam gefördert werden, muss viel mit kleineren Gruppen gearbeitet werden. Doch im Halbtagsbetrieb bleibt dazu zu wenig Zeit. Eine Landesregierung, die immer und überall mit ihrer „Ganztagsoffensive“ Wahlkampf betreibt und auf Stimmenfang geht, aber den Ganztagsbetrieb der Gesamtschule ablehnt, macht sich sehr unglaubwürdig.

In einem Offenen Brief haben 55 Einzelpersonen und Initiativen aus dem wissenschaftlich-pädagogischen Bereich, darunter 27 Lehrende der Universität Köln, an den Regierungspräsidenten plädiert, die Ganztagschule doch noch von vorneherein inklusiv und als Ganztagschule zu genehmigen. Argumente allein werden die verkrusteten und in ideologischen Rückzugsgefechten verfangenen kalten Schulsystemkrieger nicht dazu bringen einzulenken. Schließlich ist „Eine Schule für Alle“ auch nach objektiven Argumenten das bessere System.

Özlem Alev Demirel

Aus dem Offenen Brief der Professorin Dr. Kerstin Zeimen und Dr. Jürgen Münch (Lehrstuhl Pädagogik und Didaktik bei Menschen mit geistiger Behinderung, Humanwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln) und andere:

Weitere Standorte für Gemeinsamen Unterricht in Köln sind aus universitärer Sicht dringend notwendig.

Denn nur über eine parallele Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts an Schulen, insbesondere in der Sekundarstufe, und eine entsprechende Orientierung der universitären LehrerInnenbildung auf Gemeinsamen Unterricht sowie damit verbundenen Praxiserfahrungen der angehenden LehrerInnen kann das geforderte inklusive Bildungssystem sukzessive realisiert werden.

Aus unserer Sicht kann jedoch [...] nicht die grundsätzliche Entscheidung, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufzunehmen, nun noch von Grundsatzentscheidungen des Kollegiums abhängig gemacht werden.

Zudem wäre ein solches Prozedere mit einer möglicherweise längerfristig unzureichenden Ausstattung der Schule und mit einer erheblichen Verzögerung für die vom Rat beschlossene Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts verbunden. Dies kann auch nicht durch die Bildung weiterer Integrativer Lerngruppen und Kompetenzzentren aufgefangen werden. Sie sind Unterstützungssysteme, nicht Ersatz für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems.

Aus den Bezirksvertretungen

■ Lindenthal

Ein Lehrstück in zwei Akten

Die Zutaten sind schnell genannt: Stadtplanungsamt und Untere Landschaftsbehörde auf Stadtverwaltungsseite, Bezirksvertretung Lindenthal (insbesondere ihre CDU-Fraktion) auf der anderen.

Es geht um den Grünzug West, eine ca. 225 ha große Grünfläche entlang der A4 zwischen Weiden und Junkersdorf. Dort sind Grünflächen angesammelt worden, die einen Ausgleich für aufgegebene Grünflächen bei der Entwicklung des Gewerbegebietes in Marsdorf darstellen. Seit 1991 ist diese Fläche als Landschaftsschutzgebiet gesichert, weiter geschehen ist bisher nichts.

Nach 18 Jahren, aber natürlich erst nachdem es vom Stadtentwicklungsausschuss dazu gedrängt wurde, legt das Stadtplanungsamt seine Vorstellungen vor, wie diese Fläche gestaltet werden soll. Es ist ein Bebauungsplan, der teilweise Wohnbebauung und die Umwandlung einer 30 ha großen Fläche eines privaten Eigentümers in Ackerflächen vorsieht. Grüne, SPD und DIE LINKE. interpretieren dies als Vorstufe für die Umwandlung des Geländes in Bauland und legten auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung einen gemeinsamen Antrag vor, der den Bebauungsplan des Stadtplanungsamtes ablehnt.

Angesichts der sich abzeichnenden Mehrheit gegen den Bebauungsplan entdeckten CDU und FDP Beratungsbedarf. Also wurde die Entscheidung verschoben.

Inzwischen hat eine Bürgeranhörung zum Grünzug West in der Bezirksvertretung stattgefunden. Die Untere Landschaftsbehörde unterstrich dabei, dass sie die Ausweisung des Gebietes als Landschaftsschutzgebiet für den besseren Weg beim Erhalt der Grünflächen hält. Die engagierten Bürgerinitiativen vor Ort lehnen ebenfalls den Bebauungsplan ab und folgen unserem Antrag in der Bezirksvertretung. In der Bürgerinitiative sind viele klassische CDU-Wähler aktiv, die mit ihrem einhelligen Votum ihre Partei drängen, unserem Antrag zu folgen. Mal sehen, ob die CDU springt.

Demnächst mehr aus dem Kölner Westen.
Lothar Müller

■ Rodenkirchen

1-Euro-Jobs am „Lido“

Zum Jahreswechsel drohte die Einführung von 1-Euro-Jobs am Kalscheurer Weiher, unter „Zollstockern“ auch als „Lido“ bekannt. So nahm ich an der Demo am 13. Dezember teil und habe dort auch der Presse zu verstehen gegeben, dass ein Einsatz

von 1-Euro-Jobbern deswegen nicht in Frage kommen kann, da die Kriterien für solche „Fördermaßnahmen“ nicht eingehalten werden. Im Verlauf weiterer Treffen mit der Bürgerinitiative Nabis e.V., ihrem Rechtsanwalt, Harro Schultze, und mit der SPD-Fraktion, denen ich vorgeschlagen habe, einen gemeinsamen Antrag auch mit den Grünen gegen einen solchen Einsatz zu stellen, gab es auch ein Gespräch mit dem Bürgeramtsleiter. Dieser erklärte, dass die Verwaltung nun von ihrem Vorhaben abgerückt ist und die bereits geschlossene Kahn-Station und das Kiosk regulär zur Pacht ausschreiben wird.



Die Kuh ist mit diesem Erfolg aber immer noch nicht vom Eis. Übrig bleibt nämlich noch die Kölner Grün Stiftung gGmbH, die ja bekanntlich eine Umgestaltung des Weiheres vornehmen soll. In diesem Zusammenhang nahm ich am 11. Januar an einer weiteren Veranstaltung teil, zu der die Nabis e.V. aufgerufen hat, um mir die Vorschläge der ortsansässigen Bürger anzuhören. Die Kölner Grün Stiftung soll, gegen den erklärten Bürgerwillen, eine Umgestaltung des Kalscheurer Weiheres vornehmen. Mehr dazu werde ich nach der BV-Sitzung im März berichten.

Leider wurde ein Antrag der CDU, wie es mit dem Weiher weitergehen soll, vertagt. Die CDU-Fraktion wollte ihren eigenen Antrag vom nicht öffentlichen in den öffentlichen Teil schieben, was so geschah. Dort war eine Diskussion wegen der Öffentlichkeit aber nicht mehr möglich. Dies ist ein typisches Beispiel, wie man sich selber ein Bein stellt. Der Antrag wird nun voraussichtlich im März im nichtöffentlichen Teil verhandelt.
Berthold Bronisz

■ Kalk

Gedenken an jugendliche Brücker Kriegsoffer

Zum zehnten Mal organisierte die Geschichtswerkstatt Köln-Brück eine Gedenkveranstaltung am Mahnmahl Ecke Dattenfelder Straße/Hans Schulten Straße in Köln-Brück.

Am 28. Januar 1945, also einen Tag nach der Befreiung des Lagers Auschwitz durch sowjetische Truppen, wurden hier 17 Jugendliche Flakhelfer (einer 17 Jahre, alle anderen 16 Jahre) und ein Soldat vom NS-Regime bedenkenlos in einem längst verlorenen und verbrecherischen Krieg geopfert. Zum ersten Mal seit Bestehen des Mahnmahls nahm die BV Kalk in Person des

Bezirksbürgermeisters Markus Thiele (SPD) und des Bezirksvertreters HP Fischer (DIE LINKE.) an der Gedenkveranstaltung teil und legte gemeinsam mit den übrigen Teilnehmern 17 weiße Rosen nieder.

HP Fischer

■ Nippes

Fehlerteufel bei Sparkassendistanz

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Konsequenzen einer Sparkassenschließung im Stadtbezirk Nippes. Dabei ist der Redakteurin bei der Endkorrektur ein folgenschwerer Fehler unterlaufen: Aus der Entfernung von 1,35 km zur nächsten Filiale wurden 35 km.

Deswegen eine Entschuldigung an alle verdutzten Leser und unseren Autor, den Nippeser Bezirksvertreter Andree Willige, dessen Namen unter dieser blödsinnigen Aussage stand.

Aus den Ausschüssen

■ Stadtentwicklung

Kosten für die Nord-Süd-Stadtbahn laufen aus dem Ruder

Am 2. Februar soll der Rat erneut gestiegene Kosten für die Nord-Süd-Stadtbahn genehmigen. Die aktuelle Vorlage der Verwaltung sieht eine Kostenerhöhung von 21.720.000 Euro vor. Das Geld fließt in den Bau der Haltestellen. Ein Zusammenhang mit dem Unglück am Waidmarkt besteht nicht.

Die Zuschussgeber haben mittlerweile einen Deckel auf die Kosten der Kölner U-Bahn gesetzt. Die Kosten für das Gesamtprojekt werden, ohne Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt, mittlerweile mit über 1 Milliarde Euro veranschlagt. Das zusätzliche Geld für die Haltestellen muss die Stadt selbst aufbringen. Immerhin haben Stadt und KVB die Ausstattung der Haltestellen schon abgespeckt, somit circa 1,3 Mio. Euro Einsparpotenzial aufgezeigt. Eigentlich waren über 23 Mio. Euro zusätzliche Kosten vorgesehen. Alle Haltestellen wurden auf mögliches Einsparpotenzial überprüft, nur die Haltestelle Rathaus nicht, da diese - so die Verwaltung - besonders repräsentativ für die Stadt sei.

Die Bahn muss fertig und die Haltestellen müssen auch ordentlich und nach dem neuesten Stand der Technik hergestellt werden. Bei der schlechten Finanzlage der Stadt muss aber auch die (möglicherweise zu teure) Ausstattung einer Haltestelle in der historischen Altstadt auf den Prüfstand.

Michael Weisenstein

■ Gesundheit

Kliniken: Mitbestimmung unerwünscht!?

2004 wurden die bis dahin eigenbetriebsähnlich geführten Kliniken der Stadt in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt. Ein Personalüberleitungstarifvertrag mit ver.di und Marburger Bund regelte die Absicherung der Arbeitsverhältnisse für ca. 3.500 Beschäftigte sowie damit verbundene Mitbestimmungsfragen. Danach wurde den Arbeitnehmern ein Drittel der Mandate in einem zu bildenden Aufsichtsrat zugesichert. Der Gesellschaftsvertrag spiegelt die tarifliche Regelung nicht wider, da bei 13 Mitgliedern den Arbeitnehmern nur 4 Mandate zugebilligt werden, was nach Adam Riese weniger als ein Drittel ist. Die Ursache für diese unkorrekte Regelung lag vermutlich nicht an mangelhafter Rechenfähigkeit, sondern an der fehlenden Bereitschaft der damaligen schwarz-gelben Mehrheit den Arbeitnehmern überhaupt Mitbe-

stimmungsrechte einzuräumen. Eine paritätische Mitbestimmung (50/50) wie sie in vergleichbaren Fällen in Dortmund und Duisburg angewandt wurden, kam schon gar nicht in Frage.

Haben sich nun die Verhältnisse geändert? Auch unter Rot-Grün hat sich weder die Rechenleistung, noch die Bereitschaft, mehr Mitbestimmung zu wagen verbessert, wie die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. in der letzten Ratssitzung im Dezember 2009

zeigte. Und das, obwohl sich Oberbürgermeister Roters noch im November auf der Mitbestimmungstagung des DGB Köln nachdrücklich zur Mitbestimmung als demokratischem Gestaltungsprinzip bekannte. Vermutlich hat er dabei die Handlungsmöglichkeiten im eigenen Zuständigkeitsbereich völlig übersehen oder eine Sonntagsrede gehalten. In der 2. Jahreshälfte 2010 wird ein neuer Aufsichtsrat gewählt. Vielleicht schafft es OB Roters noch bis dahin seine Ansprüche konkret umzusetzen und eine paritätische Mitbestimmung bei den Kliniken zu realisieren, oder wenigstens richtig rechnen zu lassen.

Bernd Petri



Waffen in betenden Händen

Am 21. Januar fand im Kölner Dom, anlässlich des Weltfriedenstag, der jährliche internationale Soldatengottesdienst statt. Unter dem Motto „Wenn du den Frieden willst, bewahre die Schöpfung“ (Papst Benedikt XVI.) leitete Erzbischof Joachim Kardinal Meisner den Gottesdienst von mehreren hundert Militärs und Zivilisten.

Um die 200 Demonstranten aus den verschiedensten Friedensgruppen und Organisationen protestierten vor der gotischen Kathedrale gegen den Gottesdienst. Ein Aufgebot der Polizei, das von Angehörigen einer Feldjägerinheit verstärkt wurde, sicherte den Dom rundherum ab. Selbst im Dom, im Hause Gottes, patrouillierten bewaffnete Feldjäger.

Derart abgesichert konnte der Gottesdienst des durch seine provokanten, reaktionären und militanten Sprüche bekannten Oberhirten beginnen.

„Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesegnet sind...“

„Wem käme es in den Sinn, Soldaten, die auch Beter sind, dann noch als Mörder zu diskriminieren. Nein, in betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher“, so der Kardinal.

Unter diesem Geist wurde, begleitet vom Musikkorps der Bundeswehr, vor einfachen Soldaten und Offizieren aller Waffengattungen die Messe gefeiert. Viele der teilweise jungen Soldaten werden derzeit auf ihren Einsatz in Afghanistan oder einem der anderen Einsatzorte der Bundeswehr im Ausland vorbereitet. Die jungen Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten wurden in Gruppen in das Gotteshaus geführt und so von den Demonstrierenden fern gehalten. Eine Diskussion um Sinn und Unsinn dieses religiösen Schauspiels und der Legitimation der Einsätze rund um den Globus kam so nicht zustande. Die Freiheit, die angeblich am Hindukusch und an anderen Orten in der Welt verteidigt wird, gilt nicht für die jungen Frauen und Männer, die für die Interessen der Rohstoffindustrie und der Bündnispolitik der deutschen Regierung ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.

Richard Klein

■ Soziales und Senioren

Kindergelderhöhung – nicht für ALG II Bezieher!

Am 1. Januar wurde das Kindergeld um 20 Euro erhöht. Auch Familien im ALG II-Bezug wurde dieser Segen zu Teil. Weil sich hierdurch das anrechenbare Einkommen um 20 Euro erhöht, werden bei 20.000 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern diese 20 Euro wieder abgezogen – allerdings erst beim nächsten Leistungsbescheid. Der Verwaltungsaufwand ist zwar hoch, doch die ARGE Köln hat sich für diesen Weg entschieden. Nach einer groben Einschätzung sollen sich die Kosten für diesen Verwaltungsakt auf ca. 200.000 Euro belaufen. Rein finanziell könnte sich dieser Aufwand lohnen, denn abzüglich der kalkulierten Kosten für die erwarteten Widerspruchsverfahren werden immerhin ca. 100.000 Euro an den Bund zurückfließen. Wäre man so verfahren wie Arbeitsministerin von der Leyen es verordnet hat, so hätten alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern die Kindergelderhöhung bereits im Februar zurückzahlen müssen. Der Verwaltungsaufwand, um die Kundenakten einzeln per Hand zu ziehen, hätte allerdings mehr Kosten als Nutzen für die ARGE gebracht.

Fazit für Köln: Viel Arbeit für die Verwaltung, kein Geld für die Kommune und kein Geld für die Familien. Im Gegenteil, kalt und zynisch wird ihnen gezeigt, dass es zwar mehr Kindergeld gibt, aber eben nicht für die, die es am nötigsten haben. Es ist als wenn man einem Hund mit der Wurst vor der Nase herumwinkt und sie ihm nicht gibt. Doch Obacht, auch ein sonst friedlicher Hund könnte mal zuschnappen.

Info: Innerhalb von vier Wochen nach dem Bescheid mit der Rückforderung sollte Widerspruch eingelegt werden.

Gisela Stahlhofen

■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Internationales

Erstwählerdaten unter Verschluss!

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen haben Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen die Möglichkeit, bestimmte Wählergruppen wie z. B. Erstwählerinnen und Erstwähler anzusprechen und dazu die Meldedaten der Stadt Köln käuflich zu erwerben. Es liegt im Ermessen der jeweiligen Kommune diese Daten zur Verfügung zu stellen.

Generell haben die Betroffenen das Recht der Weitergabe ihrer Daten zu widersprechen. Darauf hat die Verwaltung im Amtsblatt vom 6. Januar 2010 hingewiesen.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Falle der Weitergabe von Daten dies viele Kölnerinnen und Kölner tun und „sich quer stellen“, könnte der Aufwand der

Verwaltung sehr groß werden. Deshalb macht die generelle Weitergabe von Meldedaten für die Landtagswahlen keinen Sinn.

Bei der letzten Kommunalwahl hat „pro Köln“ die Erstwählerinnen und Erstwähler mit einem hetzerischen Werbebrief angeschrieben. Groß war die Empörung. Viele Protestbriefe gingen bei der Fraktion ein. Erstwählerdaten können bei den Kommunen für den geringen Betrag von 500 Euro gekauft werden. Das hat auch die FDP gemacht, und die SPD hat als Reaktion auf „pro Köln“ daraufhin die Erstwähler angeschrieben.

Die Fraktion wird das Thema auf der nächsten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Sprache bringen. Die Meldedaten gehören unter Verschluss. Das nennt man Datenschutz für alle!

Jörg Detjen

■ Jugendhilfe

Bessere Nachmittagsbetreuung in abgehängten Stadtteilen

Horte bekommen ab dem neuen Schuljahr kein Geld mehr von der Stadt. Die Kinderbetreuung am Nachmittag übernimmt dann die Offene Ganztagsgrundschule (OGTS). Doch die ist pädagogisch viel schlechter ausgestattet. Nur noch die Hälfte des Personals besteht aus ausgebildeten Erziehern. Und auch die haben in der Regel nur noch Halbtagsstellen und brauchen einen Zweitjob.

Schwierige Kinder können unter solchen Bedingungen schlechter betreut werden als in einem Hort. Die Beschäftigten kommen notgedrungen schnell an ihre Grenzen. Die Folgen davon waren Entlassungen aus „pädagogischen Gründen“. Von 22 Fällen im letzten Schuljahr wusste die Verwaltung. Aus Gesprächen mit Trägern ergab sich aber, dass die Dunkelziffer weit höher liegt. DIE LINKE. hatte sich in einem Antrag dafür eingesetzt, dass kein Kind aus pädagogischen Gründen aus einer OGTS entlassen werden darf. Schließlich werden diese Kinder auch vormittags in der Schule betreut. Wäre dieser Antrag durchgekommen, hätte das den Druck auf die Stadt erhöht, sich bei den Gruppen einzuschalten, die Unterstützung brauchen. Nun können diese Gruppen beruhigt werden, indem schwierige Kinder entlassen werden. Perfide, dass dabei auch noch mit dem Kindwohl argumentiert wird. Integration sieht anders aus!

Immerhin ist mit der Stimme der LINKEN ein Antrag verabschiedet worden, für OGTS Gruppen in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf ein Konzept zur besseren Förderung zu erstellen. Leider enthält dieser Antrag keinerlei Zusagen da-



Gleiche Rechte für Alle!
Equal rights for everyone!
Herkese Esit Haklar!
Stessi diritti per tutti!
Heman maf jibo her kes!
Ισα Δικαιώματα για όλους
حقوق برابر برای همه
РАВНЫЕ ПРАВА ДЛЯ ВСЕХ

Integrationsratswahlen
am 7. Februar 2010 in Köln
Liste 6, LIL. wählen!

LINKE
INTERNATIONALE LISTE

rüber, wie viel Geld in dieses Konzept fließen wird. Bei der angespannten Haushaltslage werden nicht wenige versucht sein, dass eingesparte Hortgeld nicht mehr neu auszugeben. DIE LINKE. wird wachsam bleiben!

Andrea Kostolnik

■ Soziales und Senioren

Druck auf Stadt bedeutet Druck auf Erwerbslose

Aus der Beantwortung einer Anfrage der LINKEN geht hervor, dass die von Bundesregierung und Bundestag beschlossene Kürzung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) das Defizit des städtischen Haushaltes um rund 7,3 Millionen Euro erhöhen wird.

Die Bundesregierung beabsichtigt, zum dritten Mal in Folge die Bundesbeteiligung an den KdU abzusenken. Die kommunalen Aufwendungen sind seit Jahren stabil. Der Bund zieht sich also schrittweise aus der gesetzlich normierten finanziellen Mitverantwortung zurück. Für 2010 wird aufgrund der Wirtschaftskrise mit einem deutlichen Anstieg der Kosten gerechnet. Die in § 46 SGB II festgeschriebene Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. Euro jährlich wurde allenfalls im ersten Jahr nach Einführung des SGB II erreicht. Seither ist die kommunale Belastung in mehreren Sprüngen deutlich und einseitig gestiegen.

Bei Auslaufen der Kurzarbeitergelder und einem Einbruch auf dem Arbeitsmarkt werden sich die Belastungen der Kommunen, damit deren Defizit und schließlich der Druck auf die Erwerbslosen noch weiter erheblich erhöhen.

Städte und Gemeinden müssen sich jetzt gemeinsam mit den Erwerbslosen gegen die Belastungspolitik der Bundesregierung wehren.

HP Fischer

Rot-Grüne Finanzpolitik

Mit „Zukunft durch nachhaltige Politik für Köln“ überschreiben SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihren Koalitionsvertrag für die kommenden fünf Jahre. Schon seit Monaten ist bekannt, dass allein 2010 mindestens 224 Millionen Euro in der Stadtkasse fehlen. Berücksichtigt man hierbei die bereits geplanten Einsparungen kommt man sogar auf eine Summe von 540 Millionen Euro. Leider gibt der vorliegende Koalitionsvertrag aus Sicht der LINKEN nur unzureichende Antworten auf die dramatische Lage des Kölner Stadthaushaltes.

So fordern SPD und Bündnisgrüne zwar richtigerweise eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, konkret fällt ihnen aber nichts ein, außer der Forderung, die Mittel aus dem Solidarpakt Ost zu nutzen. Das ist Finanzpolitik nach dem Motto: „Wir nehmen den Schwachen!“ . Stattdessen muss aber eine ganz grundlegende Änderung der Steuerpolitik her sowie eine Entschuldung der Kommunen, die die Kommunen wieder handlungsfähig macht.

DIE LINKE. in Köln bleibt bei ihrer schon im Wahlkampf erhobenen Forderung, die Gewerbesteuer um mindestens 30 Punkte zu erhöhen. Das würde die konkrete Einnahmesituation verbessern und keine nennenswerten Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen haben.

Konkret setzen SPD und Bündnisgrüne Prioritäten in der Haushaltspolitik, die sich zunächst gut lesen und sich durchaus mit den Forderungen der LINKEN treffen, die Bereiche Bildung, Soziales und Kultur von Sparorgien auszunehmen. Der politische Alltag in Köln sieht aber anders aus. Der Versuch der Verwaltung, mit dem Rasenmäher durch den Haushalt zu gehen, wird von der Koalition nur halbherzig abgewehrt und die Zuwendungen für die Bezirke bereits gekürzt. Papier ist geduldig, muss man in diesem Zusammenhang feststellen. Die Aussage im Koalitionsvertrag, dass die Bezirke gestärkt werden sollen, verkommt zu einer leeren Worthülse.

Ausdrücklich begrüßt DIE LINKE. das Bekenntnis von Rot-Grün zum BürgerInnenhaushalt und gegen die Veräußerung von kommunalem Eigentum.

Letztlich bleibt festzuhalten, dass sich Rot-Grün einer offenen und transparenten Debatte verweigern, wo in dieser Stadt wirklich gespart werden könnte. Gerade die Debatten um die Neugestaltung des Opernquartiers oder den Bau des Godorfer Hafens zeigen, dass Rot-Grün nicht bereit ist auf Prestigeobjekte zur Entlastung des Haushaltes zu verzichten.

Wir als Fraktion DIE LINKE. im Kölner Rat werden Rot-Grün an ihren eigenen Prioritäten messen. Eine Sanierung des Haushaltes zu Lasten der sozial Schwachen und Benachteiligten in dieser Stadt ist mit uns nicht zu machen!

Torsten Löser

Rot-Grüner Sparkurs: Zerschlagung sozialer Strukturen immer wahrscheinlicher

Rot-Grün macht keine Politik für die ganze Stadt, ob „Arm oder Reich“, sondern nimmt die Kölner Unternehmen über die Gewerbesteuer nicht in die Pflicht.

Deshalb hat der Kämmerer bereits eine Task Force gebildet, die gerade den gesamten Haushalt nach Sparmaßnahmen durchkämmt.

Bei den 15% Kürzungen bei den freiwilligen Ausgaben „wird es nicht bleiben“, verkündete der Stadtkämmerer auf der letzten Ratssitzung. Zahlreiche soziale Träger fürchten um die Existenz ihrer Einrichtungen.

Rot-Grün setzt Hartz IV-Politik fort

Der Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung ist klar zu entnehmen, dass die beiden Parteien ihren alten Kurs fortsetzen werden. „Fördern und fordern“ sei der richtige Kurs und man wolle auch ein „Stadtverschönerungsprogramm für junge Arbeitslose“ wirkungsvoll einsetzen. Ausdrücklich wird im Vertrag der Ratsbeschluss von November 2006 „Beschäftigungsoffensive für Köln“ bestätigt, der den Einsatz von 1-Euro-Jobs festlegt. Damals wurde die Forderung der LINKEN, nur Arbeitsverhältnisse mit „sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen“ zuzulassen, klar abgelehnt. Diesen Kurs will Rot-Grün jetzt fortsetzen.

Auch wenn in der Koalitionsvereinbarung Beschäftigungsprogramme vorgesehen sind, was prinzipiell zu begrüßen ist, so werden diese Programme alle wieder konterkariert, weil die Beschäftigten nicht nach Tariflöhnen bezahlt werden. DIE LINKE. hatte vor Jahren bereits ein „Schaffnerkonzept für die KVB“ gefordert. Vor allem die SPD hat damals abgewunken. Jetzt wollen sie es umsetzen. Wir hoffen nach Tariflöhnen der KVB, die sowieso bekanntlich nicht hoch sind.

Rot-Grün und die Gewerkschaften

Der DGB kritisiert den Austritt der städtischen Sozialbetriebe Köln (SBK) aus dem Arbeitgeberverband. In der Koalitionsvereinbarung steht dazu: „Die SBK Köln müssen in öffentlicher Hand bleiben. Sie sollen weiterhin ohne kommunale Zuschüsse wirtschaftlich erfolgreich arbeiten.“ Auch zur fehlenden Mitbestimmung in den städtischen Kliniken kein Wort im neuen Vertrag.

Rot-Grün sieht die städtischen Beteiligungsunternehmen vor allem als Melkkuh, um „dadurch den städtischen Haushalt (zu) entlasten“. Mit Quersubventionen werden die Schulden der KVB ausgeglichen, aber auch die der Köln Bäder GmbH. In 2011 will



Rot-Grün prüfen, ob Schwimmbäder geschlossen werden oder nicht. Wenn dann die Mittel des Stadtwerke-Konzerns reduziert werden, stehen die Schwimmbäder vor dem Aus.

Der DGB hat die Beibehaltung des Deutzer Hafens als Industriehafen gefordert. Rot-Grün erklärt dagegen: „Deutzer Hafen (wird) sukzessive zu einem neuen Stadtquartier umgewandelt. Wohnen und Arbeiten sollen integriert werden.“ Mit dieser Aussage hat die SPD die gemeinsame Position von DGB und der LINKEN aufgegeben.

Schnittmengen von Rot-Grün mit der LINKEN

In der Wohnungspolitik gibt es zahlreichen Schnittmengen. In Zukunft ist es allerdings nötig statt der geplanten 1.000 neuen Wohnungen 2.000 zu bauen, mindestens 30% im geförderten Wohnungsbau. Alleine kann die GAG das nicht schaffen. In den nächsten Jahren müssen die drei Parteien mit der sozialgerechten Bodennutzung ein Konzept entwickeln, wie die Kapitalisten

an den Erschließungskosten beteiligt werden.

Die Schnittmengen in



Inliner sind „in“, Skater sind auch nicht „out“

Das zumindest ist die Quintessenz einer Befragung, die 11 Studenten der Kölner Fachhochschule für öffentliche Verwaltung im Spätsommer/Frühherbst 2009 bei ca. 450 Köln-Besuchern, bei ca. 100 Skatern und bei 6 Firmen aus dem Bereich Roncalli-Platz und der Domplatte durchführten und deren Ergebnisse am 11.1.2010 im Spanischen Bau öffentlich vorgestellt wurden.

Während sich der Direktor des Dom-Hotels bitterlich über die Sprünge und den damit verbundenen Lärm beschwerte und dabei von einer FDP-Ratsfrau unterstützt wurde (Stichwort Klientel-Politik), störten den überwiegenden Teil (80%) der Köln-Besucher die Skater und deren Sprünge auf dem Roncalli-Platz/Domplatte nicht.

Was für Düsseldorf die Radschläger sind, zu dem kann oder hat sich schon für Köln die Skater-Szene entwickelt – eine Touristen-Attraktion.

Der Dom-Skateboarding e.V. – die Vertretung von ca. 1/3 aller Skater – berichtete, dass nach dem prinzipiellen Ratsbeschluss letzten Jahres über den Bau einer neuen Skateranlage im Rheinau-Hafen jetzt die Verhandlungen mit verschiedenen Architekten über die Planung der Anlage laufen. Da die Planungen noch laufen, die Finanzierung noch nicht in trockenen Tüchern ist und folglich auch mit dem Bau nicht begonnen wurde, wird es noch einige Jahre dauern bis eine Alternative zur Domplatte vorhanden ist. Laut Dom-Skateboarding e.V. wird dies aber das Skaten auf der Domplatte nicht ersetzen, sondern nur entzerren.

Die rechtlichen Grundlagen eines möglichen oder unmöglichen Verbots des Skatens auf der Domplatte erläuterte einer der 11 für die Befragung verantwortlichen Studenten, in dem er auf das Straßenrecht hin-

wies, auf den §24 StVO (Inliner) bzw. §31 (Skateboarder), auf das Gewohnheitsrecht, auf das Emmissionschutzrecht (§9 Nachruhe-Schutz) und die mögliche/unmögliche Umwidmung der Platz- und Straßennutzung anführte.

Lange Rede kurzer Sinn: Die Kölner, ihre Besucher und die anliegenden Firmen wie Dom-Hotel, Buchhandlung Kösel oder das Römisch-Germanische Museum werden noch viele Jahre mit den Skatern leben (müssen).
Dr. Manfred Hoffmann

Kinderbetreuung unter drei Jahre – Rechtsanspruch nicht umsetzbar

„Ohne weitere Finanzhilfen werden es die Kommunen nicht bewältigen können, den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2013 umzusetzen, so sehr sie sich auch anstrengen.“ Mit dieser düsteren Prognose bilanzierte Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, im Dezember 2009 die Konsequenzen der überbordenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte für die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder. Sie soll bekanntlich bis 2013 bundesweit bedarfsgerecht gesichert sein. Unter „bedarfsgerecht“ verstehen Bund und Länder eine Quote von 35 %. Real aber liegt der Bedarf erheblich höher - in Ballungsgebieten und Großstädten sogar bei bis zu 55 % der unter 3-jährigen Kinder.

In Köln werden große Anstrengungen unternommen, den Ausbau der U3-Betreuungskapazitäten möglichst nah an den Bedarf heranzuführen. Im vergangenen Jahr hat der Stadtrat die Zielmarke auf 10.200 Plätze gesetzt. Im Kindergartenjahr 2008/09 hatte Köln eine Betreuungsquote von 18,4 % erreicht und lag damit um 6,8 % über dem Landesdurchschnitt, übertroffen nur noch von Münster. Ob sich dieser relativ zügige Ausbau so fortsetzen lässt, ist

fraglich angesichts der Haushaltsmisere, die der Stadt durch die Folgen der Finanzkrise, durch neoliberale Steuerpolitik, aber auch durch hausgemachte Fehler* ins Haus steht. Schon hat der Kämmerer härtere Einsparungen als die ohnehin angesetzten 15 % bei den freiwilligen Ausgaben in Aussicht gestellt.

Die Sorge um Bestand und Weiterausbau der U3-Betreuungsplätze bestimmte auch eine Fachtagung, die die Kölner Leitbildgruppe „Moderne Stadtgesellschaft“ am 15. Januar im Rathaus durchführte. Dort betonte OB Roters den hohen Stellenwert, den Rat und Verwaltung dem Thema einräumen. Die Dezernentin Klein wies darauf hin, dass die Betreuungsgarantie für unter 3-jährige Kinder von 66 % der Kölner Bevölkerung gewünscht ist und dass der jetzt erreichte Ausbaugrad bis 1913 verdoppelt werden soll.

In allen Ausführungen, vor allem in den neun zu pädagogischen Fragestellungen eingerichteten Arbeitsgruppen der Tagung, klang aber immer wieder deutlich die Befürchtung durch, dass die sich anbahnenden Beeinträchtigungen der sozialen Strukturen der Stadt sowohl den geplanten Ausbau als auch den erreichten Stand der Betreuung der unter 3-jährigen Kinder ernsthaft gefährden. Und fast völlig begraben sind die pädagogisch mehr als gerechtfertigten Hoffnungen auf die dringend erforderliche Aufstockung der personellen und materiellen Ausstattung der Betreuungseinrichtungen.

Oswald Pannes

* So ist beispielsweise der Verzicht der Stadt auf die längst fällige Erhöhung der Gewerbesteuer, und damit auf Mehreinnahmen von 40 bis 50 Mio. Euro, nicht hinnehmbar!



der Energiepolitik sind groß, aber auch in der Schulpolitik. Eine „Schule für Alle“ mindestens in jedem Stadtbezirk könnte ein gemeinsames Konzept des Handelns sein.

Fazit

Auch wenn Rot-Grün behaupten, soziale Strukturen erhalten zu wollen, ist das unglaubwürdig, weil sie bei den Einnahmen der Stadt Köln kaum etwas unternehmen. Faktisch wird das auf Sparvorschläge hinauslaufen, die soziale Strukturen zerschlagen. Nun müssen Gewerkschaften, soziale Bewegung und DIE LINKE aktiv werden.

Jörg Detjen, Michael Weisenstein



Großprojekte auf dem Prüfstand

Innerhalb 15 Monate sind die Sanierungskosten für die Flora von 22 auf geplante 27 Mio. Euro gestiegen. 5 Mio. Euro sind bei einem Spielraum der Stadt von 200 Mio. Euro für freiwillige Leistungen eine Menge Geld. Bevor die Stadt Köln Millionenbeträge zahlt, um Gastronomie in der Flora möglich zu machen, muss erst gesichert sein, dass sich kein sozialer Standard in Köln verschlechtert. Es darf weder bei Kindern und Jugendlichen, noch bei Arbeitslosen oder Geringverdienern gespart werden!

In den letzten Monaten kam es immer wieder vor, dass die ursprünglich kalkulierten Kosten bei Bau- bzw. Sanierungsprojekten der Stadt nicht einzuhal-

ten waren und letztlich deutlich überschritten wurden, z. B. bei der Nord-Süd-Stadtbahn, Flora und Rhein-Boulevard. Nun will DIE LINKE. von der Verwaltung wissen, bei welchen Neubau- bzw. Sanierungsprojekten sich Kostensteigerungen abzeichnen.

Gerade vor dem Hintergrund wegbrechender kommunaler Einnahmen ist es problematisch, wenn einmal im Rat beschlossene Projekte weit mehr Gelder binden als ursprünglich vorgesehen. Im Moment müssen sich Ausschüsse und Rat meist innerhalb des laufenden Haushaltsjahres mit neuen Kostenentwicklungen befassen. In Zukunft sollten Großprojekte jährlich vor den Haushaltsberatungen auf ihre Kosten überprüft werden.

Jörg Detjen

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Termine ...

Fr, 5.2., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter Kalk
HP Fischer
Linker Raum, Steprathstraße 11

Sa, 6.2., 11-18 Uhr

Arbeitstagung Kommunalwahl
Bürgerschaftshaus Bocklemünd

Mo, 8.2., 18 Uhr

AK Soziales, Senioren, Wohnen und
Hartz IV
Sitzungssaal der Fraktion

Di, 9.2., 16.30 Uhr

AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion

Fr, 12.2., 15-16 Uhr

Sprechstunde Ratsmitglied Claus Ludwig
Linker Raum, Steprathstraße 11

Do, 18.2., 17.30 Uhr

AK Jugend und Schule
Sitzungssaal der Fraktion

Do, 18.2., 19 Uhr

Stammtisch Innenstadt-Süd
Amörchen, An der Bottmühle 13

Fr, 19.2., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter Kalk
HP Fischer
Linker Raum, Steprathstraße 11

Di, 23.2., 19 Uhr

AK Umwelt und Gesundheit
Sitzungssaal der Fraktion

Do, 25.2., 20.00 Uhr

AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion

Fr, 26.2., 15-16 Uhr

Sprechstunde Ratsmitglied Claus Ludwig
Linker Raum, Steprathstraße 11

Di, 2.3., 19 Uhr

Mitgliederversammlung:
Kommunalpolitische Strategie und Strukturen. Ort noch nicht bekannt.
Näheres: www.die-linke-koeln.de

Alte Bekannte und neue Freunde auf dem Neujahrsempfang

Auch dieses Jahr fand am 20. Januar der Neujahrsempfang der Partei DIE LINKE. statt. Die Fraktion wollte sich damit bei denjenigen bedanken, von denen sie letztes Jahr erfolgreich unterstützt wurde. Gefeierte wurde im Kardinal-Frings-Saal des Rathauses. Etwa 100 Genossen und Genossinnen, Vertreter der Medien, der Gewerkschaften, von Initiativen, Aktionsbündnissen und Interessenverbänden, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, Vorstandsmitglieder der städtischen Unternehmen sowie Vertreter anderer Parteien nahmen an der Veranstaltung teil.

Für die Einstimmung auf einen schönen Abend und ein gemütliches Beisammensein sorgte die Band „Ensemble Cadeaux“ mit seiner Musik. Die Dekoration der Tische war ein Highlight, sie wurde unter Leitung einer angehenden Kunstpädagogin von engagierten Jugendlichen hergestellt.

Fraktionssprecherin Gisela Stahlhofen begrüßte als die „Neue“ die versammelten Gäste. Fraktionssprecher Jörg Detjen ließ das vergangene Jahr Revue passieren: „Im Jahr 2009 hat sich DIE LINKE. verstärkt,

5,2 % bei der Europawahl, 4,8 % bei der

bei der Kommunalwahl und 9 % bei der Bundestagswahl gewonnen. Um das auch konkret zu machen: 1999 haben wir mit 5 Leuten Rats- und Bezirksarbeit gemacht. 2005 waren wir ca. 20 Leute. Heute sind es 36 kommunale Akteure. Ob Ratsmitglied, Sachkundige Einwohner, Bezirksvertreter, Aufsichtsratsmitglied, Vertreter in Stadtkonferenzen oder Mitarbeiter in der Fraktion.“ 2009 war also ein erfolgreiches Jahr für DIE LINKE., und 2010 wird hoffentlich noch erfolgreicher, denn schon das nächste große Ereignis steht an. Am 7. Februar 2010 sind die Wahlen zum Integrationsrat. Bei dieser Wahl tritt die Linke internationale Liste, kurz LiL, zum ersten Mal an. Insgesamt blickt DIE LINKE. auf ein gelungenes Jahr 2009 zurück.

Melanie Klein,

16 Jahre alt, Schülerin einer Realschule und Praktikantin bei der Fraktion DIE LINKE.

Kein Tunnel an der Südbrücke

Auf der Ratssitzung im Februar fällt die Entscheidung, wie die neue Stadtbahn die Rheinuferstrasse quert. Wird eine Entscheidung für den U-Bahn-Tunnel getroffen, müssen neu gebaute Bauwerke im Wert von 7 Mio. Euro wieder abgerissen werden. Ein Skandal in Zeiten knapper Kassen! Außerdem kann sich durch den Tunnelbau die Inbetriebnahme der Stadtbahn verzögern. Es drohen dann Rückzahlungen von Hunderten Millionen Euro.

DIE LINKE. lehnt einen Tunnel an der Rheinuferstraße ab. Eigentlich tun das auch Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

So könnte man das Projekt für erledigt halten, insbesondere nachdem klar wurde, dass Köln auf keine Zuschüsse von Land oder Bund hoffen kann.

Nun hat sich OB Roters (SPD) deutlich für einen Tunnel ausgesprochen. Damit fehlt den beiden Parteien die Ratsmehrheit für die Verzichtentscheidung. Mit den Stimmen der LINKEN würde es für einen Beschluss gegen den Tunnelbau reichen. Man darf gespannt sein, ob die beiden Fraktionen ihren Oberbürgermeister damit brüskieren oder es bei einem positiven Beschluss zu Spannungen zwischen den beiden Koalitionspartnern kommt.

Michael Weisenstein

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN